

PROTOKOLL ZUR 7. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 19.05.2008
Beginn: 16:40 Uhr
Ende: 22.05 Uhr
Ort: Raum 1024 des Wasser- und Schifffahrtsamts Berlin (WSA),
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokoll: Ursula Rodarius & Stefan Görlitz
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung (vgl. Vorschlag einer Tagesordnung):

1. Eröffnung, Begrüßung
2. Beschluss über die Tagesordnung
3. Beschluss über das Protokoll der 6. Sitzung des Mediationsforums vom 28.04.2008
4. Informationen: Was gibt es Neues/Berichtenswertes?
 - 4.1 Information zur Kampfmittelsondierung (OFD Hannover)
 - 4.2 Ergebnis der Planer-Suche zu „innovativen Sanierungsvarianten“ (BI)
 - 4.3 Bericht des WSA-B: Pflege am Kanal
- 5 Rahmenbedingungen des Denkmalsschutzes für eine gute Sanierung des Landwehrkanals
Darstellung der Ergebnisse des Landwehrkanal-Gutachtens Bappert/Geyer/Wenzel 1991 durch die Gutachter (2.Teil):
Städtebauliche und ästhetische Prinzipien für das Bauwerk
- 6 Berichte aus den Arbeitskreisen und ggf. Beschlussfassung
 - 6.1 AK „Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft“ vom 28.03.08
 - 6.2 AK „Sanierung“ vom 05.05.08
 - 6.3 AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ vom 13.05.08
- 7 Stand und Fortgang des Mediationsverfahrens (Mediatoren/alle)
 - 7.1 Offene Fragen, Zielperspektiven
 - 7.2 Nächste Termine
- 8 Verschiedenes
- 9 Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung

Das Mediatorenteam begrüßte die Teilnehmer und Gäste der 7. Sitzung des Mediationsforums.

Frau Voskamp stellte kurz die Gäste der heutigen Sitzung vor:

- Herrn Muckel, Oberfinanzdirektion Hannover
- Herrn Bappert, Freier Landschaftsarchitekt, Potsdam
- Herrn Henninger und Frau Nulle, WSA Berlin
- Frau Bodenmeier, Öffentlichkeitsarbeit, WSA Berlin

Herr Henninger und Frau Nulle interessierten sich für die heutigen Vorträge und wollten als Zuhörer teilnehmen. Die Forumsmitglieder waren einverstanden.

2. Beschluss über die Tagesordnung

Frau Voskamp schlug vor, den Tagesordnungspunkt „Stand und Fortgang des Mediationsverfahrens“ hinter die Berichte aus den Arbeitskreisen zu schieben. Es gab keine Einwände.

Damit wurde die Tagesordnung beschlossen.

3. Beschluss über das Protokoll der 6. Sitzung des Mediationsforums vom 28.04.2008

Zum Protokoll der 6. Sitzung wurden einige Änderungsvorschläge eingebracht und in das Protokoll aufgenommen.

Das Protokoll der 6. Sitzung wurde anschließend vom Forum beschlossen.

4. Informationen: Was gibt es Neues / Berichtenswertes?

4.1 Information zur Kampfmittelsondierung (OFD Hannover)

Herr Muckel, OFD Hannover, stellte die Vorgehensweise bei einer Kampfmittelsondierung bzw. -räumung (KMR) vor. Er erklärte sich einverstanden, die Präsentation für die Homepage des Mediationsforums www.landwehrkanal-berlin.de bereitzustellen und verwies zusätzlich auf die Homepage www.ah-kmr.de, auf der Grundlagen der Kampfmittelräumung nachzulesen seien. Diese stellten Standards für alle Liegenschaften des Bundes dar, und seien aus diesem Grund eine gute Informationsgrundlage.

Herr Muckel erläuterte, dass herkömmliche Verfahren zur Sondierung am Landwehrkanal nicht anwendbar seien. Die hier einzusetzende Spezialsonde würde nicht gebohrt, sondern eingedrückt. Es handele es sich um ein bisher nur landseitig eingesetztes, vorsichtiges Verfahren, dessen Anwendung hier neu und mit wenigen Eingriffen verbunden sei.

Herr Appel erkundigte sich nach der Arbeitshöhe bei der Einpressung der Spezialsonde, die wegen der Baumkronen relevant sei, und ob es dazu alternative Vorgehensweisen gebe. Herr Muckel führte aus, dass man dies vor Ort sehen müsse und die benötigten Arbeitsgeräte gerade gebaut würden. Das Ziel sei jedoch, den Mitteleinsatz wirtschaftlich, die einzusetzenden Methoden nachhaltig und den Eingriff so gering wie möglich zu gestalten. Der beste Weg würde sich erst mit Arbeitsbeginn und -fortschritt zeigen.

Herr Appel forderte mit Verweis auf die ungeklärte Arbeitshöhe, dass bereits im Zuge der Kampfmittelsondierung der noch zu beauftragende Baumsachverständige die Arbeit im Hinblick auf den Baumschutz zu beaufsichtigen hat. Die Mediatoren wiesen darauf hin, dass dies nach ihrem Verständnis auch so vorgesehen sei.

Auf die Frage, ob eine solche Sondierung überall nötig sein würde oder nur in ausgewählten Bereichen, und was passieren würde, wenn etwas in größerer Tiefe als in den zu sondierenden bis 6m Tiefe liegen würde, antwortete Herr Muckel, dass die Sondierung nur dort erfolgte, wo nach der historisch-genetischen Analyse ein Verdacht bestünde. In die

Betrachtungen würden nur diejenigen Bereiche einbezogen, die relevant seien für die beabsichtigte Einpressung der Spundwände. Er erläuterte außerdem, dass bei hohem Fundverdacht eine sehr genaue Planung zur Bergung erforderlich sei.

Die angegebenen 6 m Sondiertiefe im Erdboden stellten eine Faustformel dar. Die Eindringtiefe einer Bombe sei u.a. abhängig von dem Untergrund, auf den sie treffe. An Land gehe man von etwa 6-7 m aus, im Wasser würde der Munitionskörper hingegen „gebremst“; die Sondiertiefe könne hier daher geringer sein als im Erdboden, als Faustformel gehe man von etwa 2m Eindringungstiefe aus und rechne Sicherheiten hinzu.

Fragen weiterer Teilnehmer/innen folgten, die Herr Muckel wie folgt beantwortete:

Wenn von 50 cm Tiefe die Rede gewesen sei, dann sei das die Sondiertiefe für Testfelder im Vorfeld gewesen.

Im Rahmen der Ausschreibungsvorbereitung seien Testfelder sondiert worden. Dabei seien Granaten und Patronen gefunden worden, von denen nur ein geringes Gefährdungspotenzial zu erwarten sei. Es sei jedoch nicht auszuschließen, dass auch Kampfmittel mit einer größeren Menge Sprengstoff gefunden werden könnten. Eine gründliche Analyse sei dringend notwendig, nach der Testsondierung könne hierüber keine sichere Aussage gemacht werden. Nach Angabe von Herrn Muckel bestünde allerdings auch dann keinerlei Gefahr, wenn bei der Spundwandeinpressung auf derartige Munition getroffen würde.

Das dargestellte Verfahren der Tiefensondierung komme auch wegen der Schrottdichte auf der Kanalsohle zum Einsatz.

Die durch die Sondierung stattfindende Bewegung und das damit einher gehende Aufwühlen des Schlammes und die geringen Sichttiefen stellten keine Gefahr dar und seien unerheblich für die Sondierungsarbeiten.

Eine Kategorisierung der Uferabschnitte nach Gefährdungspotenzial liege vor und sei im Gläsernen Büro einsehbar.

Das Vorgehen im Falle einer Bergung sei eine Einzelfallentscheidung unter Abwägung aller Interessen, jeweils abhängig von den speziellen Begebenheiten. Zuerst erfolge immer eine sehr genaue Situationsanalyse, die nach Maßgabe der drei Kriterien Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit, Eingriffsminimierung erfolge.

Auf die geäußerte Sorge von Anwohner/innen, auf einer tickenden Zeitbombe zu leben, und auf die Frage, ob aktuell eine Gefährdung bestünde verneinte Herr Muckel mit der Begründung, möglicherweise vorhandene Bomben lägen zu tief, um z. B. durch vorbeifahrende Boote ausgelöst zu werden. Außerdem seien diese mit Sicherungen ausgestattet, die für zusätzliche Sicherheit sorgten.

Die Dauer der Sondierungsarbeiten ließen sich nur ungefähr abschätzen und würden im Zeitraum zwischen dem 05.06.2008 und dem 29.07.2008 stattfinden.

Bei den Sondierungen sei eine Sperrung des Kanals eher nicht zu erwarten: das Ponton, von dem aus die Arbeiten durchgeführt würden, sei etwa 4 m breit und damit bei Aufrechterhaltung des Schiffsverkehrs unproblematisch. Im Falle einer Bergung sei eine Sperrung des Kanals hingegen wahrscheinlicher, jedoch nach Einzelfall zu entscheiden.

Für die Sommersondierung 2008, für die eine freihändige Vergabe vorgesehen sei, würden die Kosten nach Auskunft von Herrn Scholz auf 330.000 EUR geschätzt werden. Diese seien im Gesamtbudget für die Kanalsanierung enthalten. Für eine möglicherweise erforderlich werdende Räumung können die Kosten noch nicht angegeben werden. Diese Arbeiten würden ausgeschrieben werden.

Als keine weiteren Fragen gestellt wurden, dankte Herr Kessen Herrn Muckel im Namen des Forums für seine Präsentation.

4.2 Ergebnis der Planer-Suche zu „innovativen Sanierungsvarianten“

Frau Enwaldt berichtete von den Ergebnissen eines Workshops zur Planer-Suche zu „innovativen Sanierungsverfahren“, der am 17. Mai 2008 stattgefunden habe. Die BI habe sieben Planungsbüros eingeladen zum Austausch über Möglichkeiten und Grenzen. Von den eingeladenen Planungsbüros sei der Hinweis gekommen, dass zuerst ein Leitbild für den Landwehrkanal insgesamt entwickelt werden müsste, bevor bereits vorab und möglicherweise abschnittsweise oder punktuell Lösungen überlegt würden. An der Entwicklung eines Leitbildes und der Erstellung eines Masterplanes sollten u.a. alle betroffenen Behörden beteiligt werden. Dies solle auch für deren Finanzierung gelten. Die Vertreter/innen der Bürgerinteressen hätten gemeinsam drei Büros ausgesucht, die sie dem WSA nennen könnten.

Frau Voskamp hielt fest, dass die Entwicklung eines Leitbildes für den Gesamtkanal als wichtige Voraussetzung für die Entwicklung von Lösungsvarianten angesehen würde. Ihre Frage, ob der teilweise bereits erstellte und noch zu ergänzende Kriterienkatalog geeignet sei, die Funktion dieses Leitbildes übernehmen zu können, beantwortete Frau Enwaldt mit Zustimmung. Frau Voskamp erinnerte an die große Chance, das Wissen und die Kompetenz der hier versammelten Interessenträger, die sich ja aus Betroffenen und Beteiligten zusammensetzten, für die Erstellung dieses Kriterienkataloges zu nutzen. Frau Enwaldt ergänzte, dass dabei besonders wichtig sei, dass die zuständigen Behörden gut zusammen arbeiteten.

Herr Ginsberg wandte ein, dass ein Leitbild alleine nicht ausreichen würde, sondern dass die Erstellung desselben gleichsam ein Prozess „vom Groben ins Feine“ darstellte, in dessen Verlauf die verschiedenen Interessensfelder wie Tourismus, Natur, Verkehr u.a.m. jeweils angemessen Berücksichtigung finden müssten. Die Handlungsabfolge wäre: detaillierte Bestandserfassung - konzeptionelle Leitbild-Entwicklung - technisch-gestalterische Lösungen. Frau Fortwengel ergänzte, dass zusätzlich die Erstellung eines sozio-ökonomisches Gutachtens erforderlich wäre.

Herr Heitmann erklärte, alle sieben Büros hätten darin übereingestimmt, dass der momentane Verfahrensansatz des Mediationsverfahrens möglicherweise falsch sein könnte. Ihm fehlten bei Beteiligung und Arbeit der im Forum vertretenen Behörden Weitsicht und konzeptionelle Herangehensweise. Herr Appel ergänzte, dass vor diesem Hintergrund der Verlauf des Mediationsverfahrens hinter den Erwartungen der beteiligten Bürgervertreter/innen zurückbliebe. Zum Beispiel habe er den Eindruck, dass die Arbeit im AK „Sanierung“ immer enger gefasst würde; er befürchte, dass dort nur noch die Sanierung der Regelbauweise besprochen werde, das große Ganze hingegen ausgeblendet würde. Mehrere Teilnehmer/innen kritisierten, dass sie den Eindruck hätten, die Mehrzahl der Behördenvertreter/innen nähme im ganzen Verfahren nur eine „Zaungastrolche“ ein, und würden, anstatt konzeptionell mitzuarbeiten, nur ab und zu ihr Veto einlegen, wenn ihre eigenen Interessen in Gefahr seien.

Frau Voskamp stellte fest, dass dies wichtige Punkte seien, die nicht verloren gehen dürften, an dieser Stelle jedoch nicht zu Ende diskutiert werden sollten; sie verwies die Klärung dieser Fragen auf den Tagesordnungspunkt 7 „Stand und Fortgang des Mediationsverfahrens“. Das Forum stimmte diesem Vorschlag zu.

4.3 Bericht des WSA-B: Pflege am Kanal

Herr Scholz berichtete über turnusgemäß stattfindende Pflegemaßnahmen des WSA am Landwehrkanal. Er sagte zu, diese Präsentation über die Mediatoren für die Homepage www.landwehrkanal-berlin.de zum Download bereit zu stellen.

Fragen der Teilnehmer/innen beantwortete Herr Scholz wie folgt:

Etwa 40 m³ Räumgut, d.h. Schrott (Einkaufswagen, Fahrräder u.a.m.), würden jedes Jahr aus dem Landwehrkanal geborgen im Zuge der regelmäßigen Unterhaltung. Die Idee, aus Kostengründen die Schrottsuche mit der KMR in einem Arbeitsgang durchzuführen, verwarf er, da sich die Zuständigkeit des WSA nur auf die Unterhaltung des „Lichttraumprofils“ erstrecke und im Schlamm im Zuge dieser Maßnahmen nicht geräumt würde. Das „Lichttraumprofil“ könne man sich im Querschnitt vorstellen wie einen (virtuellen) rechteckigen Kasten über und unter Wasser - in der gesamten Kanalbreite mit einem Sicherheitsabstand von 2m von den Ufermauern -, der freigehalten werden müsse. Seine Höhe werde vor allem durch die Höhe der niedrigsten Brücke bestimmt. Diese liege bei 3,20 m Durchfahrtshöhe. Ziel sei, so ergänzte Herr Augsten, eine Höhe von 3,50 m bis 3,70 m Höhe. Ragt ein Baum in dieses Profil hinein, werde das Vorgehen einzelfallbezogen Baum für Baum mit dem jeweils zuständigen Bezirk abgestimmt. Die eigentliche Baumpflege, welche jedes Jahr erfolgen sollte, sei allerdings von sehr geringem Umfang. Diejenigen Bäume, welche letztes Jahr 2007 gefällt wurden, seien aus statischen Gründen entfernt worden.

Er räumte ein, dass notwendige Unterhaltungsmaßnahmen in den letzten 15 Jahren eher zurückhaltend betrieben worden seien. Aus Gründen, wie z. B. der deutschen Wiedervereinigung, hätte es innerhalb der WSV zeitweise andere Prioritäten gegeben. Oberste Priorität habe immer die Sicherheit für „Leib und Leben“, gefolgt von „Wasserstraßen als solche“, „Publikumsverkehr, Häfen“ u.a.m. Die Liste wurde Anfang der 90er Jahre erstellt und werde seither laufend erweitert und angepasst. Die Beratung dazu erfolge durch die BAW in Karlsruhe.

Auf Vorwürfe, dass schon seit den 70er Jahren die Situation am Landwehrkanal bekannt sei, die zuständigen Behörden hier Versäumnisse zu verantworten hätten und derweil der Teltowkanal bereits abschnittsweise saniert worden sei trotz geringerer Passagierzahlen, erläuterte Herr Scholz, dass der Landwehrkanal zu DDR-Zeiten vom Senat und vom Magistrat der Stadt Berlin verwaltet worden sei. Vor der Wende habe es wenig Interesse am Landwehrkanal gegeben - und zwar sowohl von Senatsseite als auch von Bonn aus. Erst nach der Wende seit 1989 sei mit Bestandsaufnahmen begonnen worden von Seiten der WSV, die teilweise bis heute noch nicht abgeschlossen seien. Darauf folgte die erwähnte Prioritätensetzung.

Herr Grondke ergänzte, dass von den Reedereien auf Grundlage einer alle 2 Jahre erneut durchgeführten Ausschreibung der Senatsverwaltung das Einsammeln von Unrat an der Wasseroberfläche und an den Ufern der innerstädtischen Kanäle 2 Mal pro Woche laufend durchgeführt würde.

Auf Nachfrage führte Herr Augsten aus, dass die im Jahr 2006 durchgeführten Peilung nicht flächendeckend durchgeführt worden sei und dass dies nicht machbar sei. Es sei nicht möglich, direkt an den Spundwänden Peilungen durchzuführen, eine Stabpeilung sei sehr aufwendig. Daher konnte es trotz Peilung und Tauchgängen zu dem Einbruch des Ufers kommen.

Herr Scholz akzeptierte die diesbezüglichen Fragen als berechtigte Kritik, und bestätigte, dass man durchaus den Kanal auch hätte sperren können. Die Kritik daran halte er für Vergangenheitsbewältigung und wenig zielführend. Nach kurzer Diskussion bestand Konsens darüber, dass aus diesem Ereignis doch dahingehend die folgerichtigen Schlüsse gezogen werden sollten, die Messverfahren künftig so zu gestalten, dass sich derartige Ereignisse nicht wiederholen. Auf die Frage, ob die bisher angewandten verfügbaren Peilungstechniken überhaupt geeignet seien, schwierige Ufersituationen zu erfassen - Stichwort Standpeilung: diese sei nur senkrecht nach unten gerichtet - sichergestellt werden könnte, gab an Herr Scholz an, dass nun begleitend auch Taucheruntersuchungen durchgeführt würden.

Herr Scholz versprach, die diesbezüglich an das WSA gerichteten Anfragen alle zu klären. Er erläuterte, dass das WSA sehr viele unterschiedliche Nutzungsverträge abgeschlossen habe mit unterschiedlichen Vereinbarungen zu Unterhaltungspflichten, was den Überblick derzeit zugegebenermaßen erschwere.

Herr Appel verwies auf den bestehenden Unterhaltungsplan der BfG für den Landwehrkanal aus dem Jahr 2001 und kritisierte, dass Landesdenkmalamt und Bezirksämter sich damit nicht identifizierten und dagegen verstoßen würden. Er halte eine Abstimmung für dringend erforderlich. Herr Augsten stellte klar, dass sich der Unterhaltungsplan entgegen anders lautenden Annahmen lediglich auf 1,3 km bis 1,5 km Länge beziehe und auch nur für den unteren Uferbereich gelte. Sinnbildlich gelte er für den gesamten Kanal. Das WSA würde versuchen, sich weitestgehend daran zu halten.

Die Pflege der Uferböschungen sei Sache der Bezirke mit ihren Gewässerpflegeplänen.

Herr Lingenauber bekräftigte die Auffassung, dass es nötig sei, alle Behörden an der Erstellung eines Unterhaltungsplanes für den Landwehrkanal zu beteiligen. Er setze große Hoffnungen auf die im 6. Forum angeregte Aktualisierung und Erweiterung des Landwehrkanal-Gutachtens von 1990. Sollte dieses Gutachten beauftragt werden, erhoffe er sich wichtige Impulse auch zu diesen Fragen. Ergebnisse würden seiner Einschätzung nach frühestens erst in 1 - 2 Jahren zu erwarten sein.

Herr Appel ergänzte darauf, dass alle Behörden zu dem Abstimmungstermin über den vorliegenden Unterhaltungsplan eingeladen worden seien. Weder von den Bezirken noch vom Denkmalamt seien aber Vertreter geschickt worden.

Herr Dohna plädierte insgesamt für eine größere Trennschärfe und erklärte, dass es erst 2002 eine gründliche Bauwerksinspektion gegeben habe am Landwehrkanal, und dass Fehler vor diesem Datum begangen worden seien.

Die Mediatoren baten, die Diskussion um diese Thematik etwas zu verkürzen und / oder in den Arbeitskreisen, z.B. im AK Naturhaushalt und Landschaftsbild weiterzuführen, in dem sie bereits auf der Agenda stünde.

Die Teilnehmerinnen hatten weiteren Klärungsbedarf: Die bereits durchgeführte wenig ästhetisch erscheinende Fugenerneuerung am Einsteinufer warf die Frage nach Ablauf und Zuständigkeit auf: zuständig seien im WSA u.a. Frau Nulle und Herr Henniger, die beide anwesend waren. Sie erläuterten, dass eine Abstimmung mit dem Denkmalschutz noch ausstünde und in Kürze erfolgen würde. Außerdem handele es sich bei der Vorgehensweise hier kontinuierlich um einen Lernprozess. Am Einsteinufer habe es keine Testfelder gegeben. Herr Augsten ergänzte, dass die Fugenverfüllung über eine normale Ausschreibung gelaufen sei. Der verwendete Mörtel sei nicht optimal gewesen und nun würden andere Sorten ausprobiert.

5. Rahmenbedingungen des Denkmalschutzes für eine Sanierung des Landwehrkanals

Darstellung der Ergebnisse des Landwehrkanal-Gutachtens Bappert / Geyer / Wenzel 1991 durch die Gutachter (2.Teil):

Städtebauliche und ästhetische Prinzipien für das Bauwerk

Herr Bappert referierte anhand einer Dia-Präsentation über städtebauliche und ästhetische Prinzipien des Landwehrkanals. Eine Zusammenfassung in Textform wurde den Mediatoren für die Homepage www.landwehrkanal-berlin.de zum Download bereitgestellt.

Herr Bappert legte dar, dass zu der Zeit, als mit der Erarbeitung des Gutachtens 1989 begonnen wurde, 23 verschiedene öffentliche Institutionen für den Landwehrkanal zuständig gewesen seien, sich mit diesem Bauwerk befasst und es auch in ihrem jeweiligen Sinne verändert hätten.

Die Aufgabe der Gutachtenerarbeitung habe nicht nur darin bestanden, Denkmalaspekte zu berücksichtigen, sondern auch planerische Fragestellungen mit zu betrachten. So seien

u.a. auch Untersuchungen über Nutzungen durchgeführt worden, z.B. zu Fuß-, Rad- und sonstigen Verkehr, und Umweltbelange beleuchtet worden.

Basierend auf einer Bestandsaufnahme habe die Aufgabe auch darin bestanden, Vorschläge zu erarbeiten, wie und in welche Richtung die fünf Bezirke den Landwehrkanal auf Grundlage eines einheitlichen Konzeptes entwickeln könnten und wie ein Pflegeplan aussehen könnte. Das Gutachten sei von vornherein nicht nur auf das steinerne Bauwerk und seine Brücken beschränkt gewesen. Dazu sei die Entwicklung des Kanals, die wesentlichen Etappen und Charakteristika untersucht und herausgearbeitet worden. Diese gelte es zu pflegen und weiter zu entwickeln, ggf. interdisziplinär zu einem Leitbild, auf dessen Grundlage wiederum ein Pflegewerk abgeleitet werden könnte.

Herr Bappert erläuterte die Entwicklungsgeschichte des Landwehrkanals und seine wesentlichen Prinzipien.

Der Landwehrkanal sei immer ein sich bewusst schlängelndes und kein geradliniges Bauwerk gewesen. Seine Breite habe als Bauwerk für die Schifffahrt gleichbleibend 22 m = 6 Ruten betragen. Senkrechte Wände seien bewusst vermieden worden. Das einfache Prinzip des Landwehrkanals, an dem auch bei seinem späteren Umbau nicht gerüttelt worden sei beinhalte u.a. das Prinzip der zwei Schleusen.

Das Gutachten beinhalte jeweils auch einen Maßnahmenteil für jeden Brückenabschnitt.

Auf die Frage aus dem Forum, ob man den Kanal auch heute noch einheitlich behandeln könne, antwortete Herr Bappert, dass sich heute das Bild einer Art „Collage-City“ mit Patchwork-Quartieren biete. Die Frage allerdings sei berechtigt und seine Antwort sei denn auch ein „Ja“: Der Landwehrkanal sei dasjenige Element, dass alles zusammenhalte und auf dessen Struktur Rücksicht zu nehmen sei.

Herr Appel erkundigte sich nach Sanierungsmaßnahmen von Uferbefestigungen in den 50er bis 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Insbesondere interessierte er sich, in wieweit sich die Schrägbauweise mit Ankerpfählen bewährt habe und verwies auf das Fränkelufer. Herr Augsten antwortete, dass ihm bei dieser Bauweise keine oberirdischen Schäden bekannt seien und versprach, dass er dies bis zum nächsten Forumstermin klären und dann darüber informieren werde.

Herr Heitmann äußerte sich irritiert über die seiner Meinung nach negativen Aussagen von Herrn Bappert zum Thema Bewuchs von Uferstreifen. Herrn Bappert erläuterte hierzu, dass die Bepflanzung nach seiner Beobachtung oftmals eher kein ästhetischer Gewinn sei. Wenn Bepflanzungen durchgeführt werden sollen, dann wäre der Rückgriff auf ein Parkpflegewerk hilfreich. Von Nachteil wäre es „einfach drauf los zu gärtnern“. Im Zuge der Erstellung eines solchen Gesamtkonzeptions müsse zuvor geklärt werden, was man mit dem Kanal eigentlich künftig wolle - Schifffahrt, Erholung u.a.m.

Die daraufhin anschließende Frage von Herr Ginsberg, ob die Möglichkeit bestünde, das Gesamtkunstwerk Lennés so zu würdigen, dass man wieder „zu einem Ganzen“ komme, bejahte Herr Bappert und erläuterte, dass in großen Abschnitten der Kanal noch in seiner Funktion so erhalten sei wie Lenné dies beabsichtigt hatte. Er sei immer noch geprägt von gesellschaftlicher Bedeutung und damit ein lebendiger Teil Berlins.

6. Berichte aus den Arbeitskreisen und ggf. Beschlussfassung

Frau Voskamp trug die Ergebnisse der Arbeitskreise vor, die in den jeweiligen Protokollen ausführlich nachzulesen sind:

3. Sitzung des AK „Nachhaltige Schifffahrt und Wirtschaft“ vom 28.03.2008

3. Sitzung des AK „Sanierung“ vom 05.05.2008

3. Sitzung des AK „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ vom 13.05.08

Auf die Frage aus dem Forum nach möglichen Folgen von eventuellen Niedrigwasserständen im Landwehrkanal, erwiderte Herr Scholz, dass im Berliner Raum kein Wassermangel herrsche und er davon ausgehe, dass auch künftig immer geschleust werden könne.

Weiteren Fragen oder Anmerkungen gab es nicht.

7. Stand und Fortgang des Mediationsverfahrens (Mediatoren/alle)

7.1 Offene Fragen, Zielperspektiven

Die Mediatoren Frau Voskamp und Herr Kessen erläuterten den Stand des Verfahrens aus ihrer Sicht. Dazu stellten sie anhand eines Mindmaps auf zwei Pinwänden eine Übersicht über Themen und offene Fragen vor.

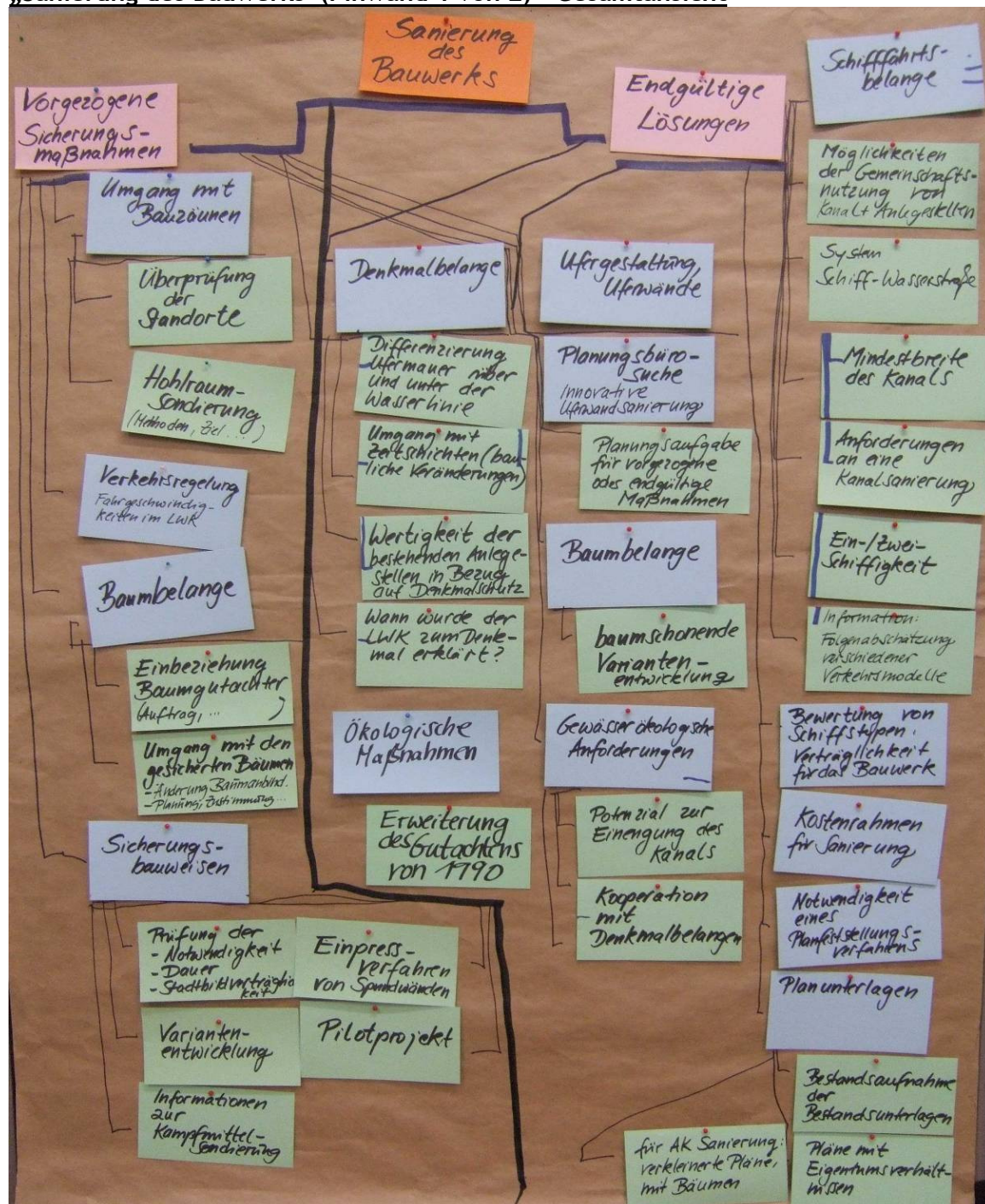
Sie unterschieden

auf der thematischen Ebene in „Sanierung des Bauwerks“ und „Einbeziehung des Umfeldes“,

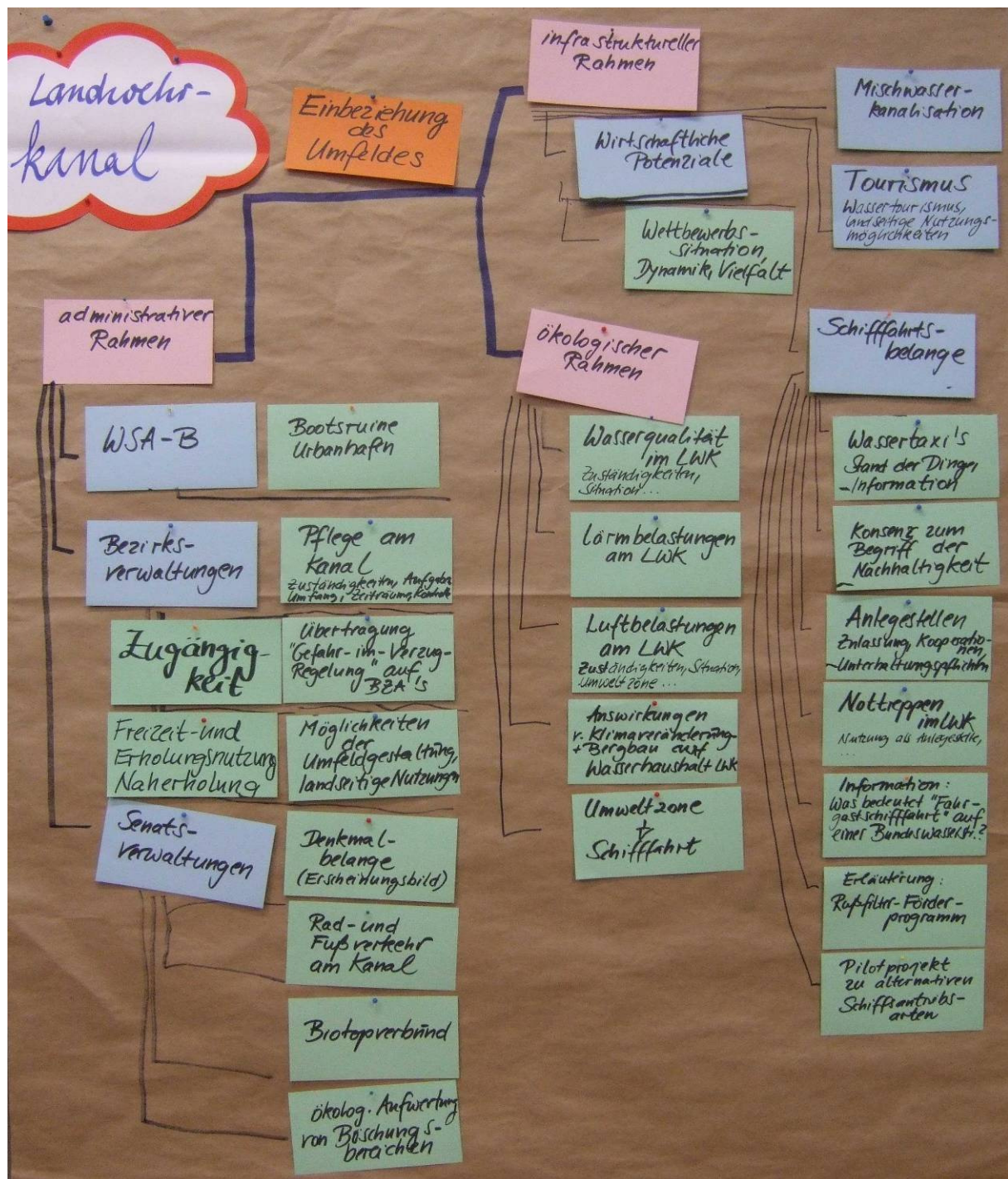
auf der zeitlichen Ebene in „Vorgezogene Sicherungsmaßnahmen“ und „Endgültige Lösungen“.

Beide Ebenenstränge wurden mit Unterpunkten weiter gehend differenziert:

„Sanierung des Bauwerks“ (Pinwand 1 von 2) - Gesamtansicht



„Einbeziehung des Umfeldes“ (Pinwand 2 von 2) - Gesamtansicht



Hinweis:

Thematisch sortierte Detailaufnahmen der Pinwände befinden sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Die Mediatoren baten die Teilnehmer/innen um Prüfung ggf. um Ergänzungen und Anmerkungen.

Auf Hinweis von Frau Kayser wurde mit Zustimmung des Forums die Aktualisierung und Ergänzung des Landwehrkanalgutachtens von 1991 aufgenommen.

Frau Enwaldt machte darauf aufmerksam, dass die geforderte „Überprüfung der Standsicherheit“ nicht fehlen dürfe. Mit Hinweis darauf, dass dieser Punkt im Stichwort „Hohlraumsondierung“ bereits enthalten sei, war diese Ergänzung nicht mehr notwendig.

Herr Ginsberg nannte drei weitere Themen, welche in die Liste mit aufgenommen werden sollten: „Freizeit- und Erholungsnutzung“ - dieser wurde aufgenommen; „Zugänglichkeit und Barrierefreiheit“ - er erklärte sich einverstanden, dass dies im Punkt „Umfeldgestaltung“ enthalten sei; „sozioökonomischen Grundlagen“ - wurde aufgenommen.

Herrn Loch vergewisserte sich daraufhin, dass diese Übersicht nur eine Sammlung zum Stand der Dinge darstelle und noch keine Entscheidung getroffen würde über den weiteren Fortgang. Herr Kessen bestätigte dies und erläuterte, Ziel dieser Übersicht sei es, ein gemeinsames Verständnis der bisherigen Themenlandschaft sicherzustellen und offene Fragestellungen abzugleichen. Erst mit einem nächsten Schritt gelte es, anhand der Ziele des Verfahrens das weitere Vorgehen zu besprechen und gemeinsam festzulegen.

Nächster Schritt im Verfahren sei die Vervollständigung des schon begonnenen Kriterienkatalogs zur Kanalsanierung. Dieser Kriterienkatalog stelle aus Sicht der Mediatoren die notwendige Arbeitsgrundlage zur Entwicklung möglicher Lösungen dar und sei konkreter als ein Leitbild. Wichtig sei auch, eine Differenzierung vorzunehmen in Themen, die direkt und insgesamt den Landwehrkanal beträfen, in Themen, die möglicherweise nur wenige Bereiche oder Interessensgruppen berührten und in Themen, die sich im Rahmen dieses Verfahrens möglicherweise nicht lösen ließen.

Die Mediatoren schlugen vor, in der nächsten, der 8. Forumssitzung am 23. Mai 2008, eine Art „Arbeitsforum“ durchzuführen, das teilweise methodisch vom bisherigen Verlauf des rein verbalen Austauschs abweichen würde: anhand von Karten und Bildmaterialien des Landwehrkanals seien alle Forumsteilnehmer/innen aufgerufen, ihre Interessen und Bedürfnisse, soweit sie sie noch nicht eingebracht haben, zu formulieren bzw. zu ergänzen und so den Kriterienkatalog zu vervollständigen. Darüber hinaus sei vorstellbar, auf Basis der inzwischen zahlreich gesammelten Informationen, in diese auszuhängenden Pläne Möglichkeiten und auch Unmöglichkeiten einzutragen. Bereiche, die für bestimmte Maßnahmen besonders geeignet oder auch ungeeignet wären, könnten am Plan eingezeichnet werden. So könnten besonders sensible wie auch unproblematische Bereiche für alle sichtbar visualisiert und konkretisiert werden.

Die Mediatoren verwiesen auf das Bedürfnis mehrerer Teilnehmer/innen, die thematischen Stränge der verschiedenen Arbeitskreise und des Forums zusammenzuführen, und vertraten die Ansicht, dass das Forum der richtige Ort für diesen Schritt sei, da alle Interessengruppen vertreten seien.

Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Vorhaben sei, dass alle benötigten Materialien vorhanden, alle Interessensgruppen vertreten und sehr gut vorbereitet wären, d.h. beispielsweise auch, dass alle nochmals alle Protokolle lesen würden.

Herr Lingenauber gab zu bedenken, dass die Einbeziehung der Erkenntnisse ggf. noch zu beauftragender Gutachten - wie z.B. dasjenige zur Aktualisierung und Weiterentwicklung des Landwehrkanal-Gutachtens von 1991 - zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei. Herr Kessen erklärte, dass dies verständlich sei und dass er dies für unschädlich halte. Die Kriterien würden weiterentwickelt werden können, jedoch nicht abschließend sein müssen. Sollten sich während des Fortgangs des Verfahrens neue Erkenntnisse ergeben, die die Aufnahme weiterer Kriterien erforderten, sei dies jederzeit möglich. Zum jetzigen Zeitpunkt komme es darauf an, „Mut zur Lücke“ zu beweisen und für alle Beteiligten

Transparenz und Konkretisierung zu erreichen. Es handele sich in gewisser Weise auch um ein Experiment und lediglich um einen Vorschlag der Mediatoren, der selbstverständlich nur mit dem Einverständnis und dem Willen der Teilnehmer/innen möglich werde. Außerdem würden ja auch noch keine Lösungen erarbeitet und die Arbeit des Forums und der Arbeitskreise nicht ersetzt. Die Arbeiten an den offenen Fragestellungen, die in nächster Zeit hauptsächlich in den Arbeitskreisen vorbereitet und geleistet würden, fänden auch weiterhin statt.

Einige Teilnehmer/innen äußerten Bedenken, dass von den Forumsteilnehmer/innen Planungsleistungen abgefordert werden könnten und diese gar nicht die notwendige Kompetenz besäßen. Frau Voskamp stellte klar, dass es keineswegs darum ginge, gemeinsam zu planen. Vielmehr gehe es darum, anhand der Interessen und Bedürfnisse der einzelnen Interessengruppen Planungsanforderungen, d.h. Kriterien zu formulieren, die bei einer späteren Prüfung von Planungsvarianten und Lösungsvorschlägen zur Bewertung herangezogen werden könnten.

Mehrere Teilnehmer/innen vertraten die Ansicht, dass der Zeitpunkt für diesen vorgeschlagenen Schritt möglicherweise zu früh gewählt sein könnte. Herr Rehfeld-Klein schlug vor, mit einer Art Ranking zu beginnen und die sektoralen Leitbilder der verschiedenen Interessensgruppen darlegen zu lassen. Konsense und Dissense, maßgebliche Ziele und mögliche Kompromissbereitschaften könnten so ggf. erkennbar werden. Herr Kessen erwiderte, dass dies kein Widerspruch zur vorgeschlagenen Methode der Visualisierungen darstelle. Die Mediatoren hielten das Forum für bereit für diesen Schritt und die angedachte visuelle, konkrete Bearbeitung am Plan würde möglicherweise mehr Transparenz für alle schaffen. Herr Ginsberg stimmte zu, dass es auf jeden Fall eine abschnittsweise Betrachtung des Kanals geben müsse, er den jetzigen Zeitpunkt gleichfalls für zu früh halte, da seiner Meinung nach zuvor ein gemeinsames Leitbild erarbeitet und im Konsens beschlossen werden sollte. Herr Loch stimmte ihm zu und erklärte, dass seiner Ansicht nach bisher viele Fragen erst ansatzweise diskutiert worden seien. Es wäre jetzt an der Zeit, dass alle ihre Interessen „auf den Tisch legten“ und allgemeingültige Kriterien herausgearbeitet würden. Wichtig sei auf jeden Fall, sich mit den Hauptkonfliktpunkten auseinander zusetzen.

Herr Kessen bestätigte, dass dies wohl das Ziel aller Teilnehmer/innen sei und die Idee der Mediatoren sei, eben dies an konkreten Punkten darzustellen. Es gebe zwei Möglichkeiten - zum einen: den Kriterienkatalog in der bisherigen Art und Weise im verbalen Austausch weiter zu erarbeiten und zu vervollständigen; zum anderen: Interessen und Bedürfnisse einmal nicht nur in abstrakter Diskussion gegenseitig darzulegen, sondern sich konkret anhand von Plänen und Fotostrecken auszutauschen, zu schauen zu welchen Punkten sich bereits ein Konsens abzeichnen könnte und in welchen Punkten Dissense vorlägen. Frau Voskamp fügte hinzu, mit dem Vorschlag würden sie beide Ansätze verbinden wollen, so könnten möglicherweise auch schon Ergebnisse der Arbeitskreise zusammen geführt werden.

Frau Fortwengel schlug vor, eine neutrale sozioökonomische Untersuchung durchführen zu lassen, von der sie sich wichtige Erkenntnisse verspreche, zu einem Konsens zu gelangen. Herr Kessen entgegnete, dass seiner Ansicht nach, kein Gutachten alle Interessen unter einen Hut bringen könne, da immer eine Abwägung zwischen den Interessen stattfinden müsse, die ein Gutachten nicht leisten könne. Er erwarte, dass ein solches Gutachten im Forum keinen Konsens erreichen würde. Dem stimmte Herr Loch zu, der die Beauftragung eines solchen Gutachtens ablehnte.

Frau Enwaldt erläuterte, dass möglicherweise nicht alle Teilnehmerinnen sich gut vorstellen könnten, wie der genaue Ablauf und die Vorgehensweise seitens der Mediatoren gedacht wären. Sie finde die Idee interessant und würde dies auch gerne ausprobieren.

Herr Hildebrandt bekräftigte, dass für die Kanalsanierung die Zeit dränge und jeder Tag zähle. Oft werde seiner Ansicht nach sehr allgemein über Konflikte geredet, jedoch so gut

wie nie etwas konkret angesprochen. Die Idee mit den Plänen, die aufgehängt werden sollten, unterstütze er. So würde endlich „Tacheles“ geredet. Er appellierte an das Forum, es solle den Mut aufbringen, an einzelnen Abschnitten konkrete Aussagen zu treffen.

Frau Kielhorn unterstützte die Ansicht, das Experiment anzugehen, das sie sich für Ihre Belange gut vorstellen könne. Vorher sollten aber kurz die essenziellen Interessen aller Beteiligten gezielt zusammengetragen werden. Sie erinnerte daran, dass es nicht Ziel sein könne, eine Planung zu erarbeiten, sondern eher skizzenhaft in Varianten und Rahmenbedingungen zu denken. Wichtig sei ihrer Ansicht nach, dass die Teilnehmer/innen auf jeden Fall ihre hohen Ansprüche dahingehend herunter schrauben müssten.

Herr Scholz versprach, dass die benötigte Fotodokumentation bis Ende Mai 2008 fertig gestellt werde. Diese sei ursprünglich nicht für den gesamten Kanal vorgesehen gewesen, sondern nur für die zu sanierende Teilstrecke von etwa 11 km. Auf Bitte der Mediatoren im Namen des Forums den gesamten Kanal zu dokumentieren, sagte er zu, auch die restlichen Teile rechtzeitig fertig stellen zu lassen. Die Plan- und Fotounterlagen würden zur besseren Vorbereitung voraussichtlich etwa 10 Tage vor dem Forumstermin auf der Homepage des Verfahrens eingestellt sein.

Herr Kessen fasste zusammen und unterbreitete folgenden Vorschlag für den Ablauf der nächste Forumssitzung am 23.6.2008:

- 1) Nachzuholender Vortrag von Herr Rehfeld-Klein zu gewässerökologischen Anforderungen an eine Kanalsanierung
- 2) Abfrage der Interessen und Bedürfnisse
- 3) Experiment: Darstellung von Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, Konflikten an Plänen, Karten, Fotostrecken; Visualisierung von Konflikten.

Alle müssten sich gut und gezielt auf die nächste Sitzung vorbereiten, sonst werde das Experiment nicht gelingen.

Es gab dazu keine weiteren Einwände, dieser Ablauf wurde nach ausführlicher Diskussion einvernehmlich beschlossen.

8. Verschiedenes

Wegen Zeitmangels konnte der Tagesordnungspunkt „Gemeinsame Auswertung der Befahrung des Landwehrkanals am 04.04.2008“ nicht mehr behandelt werden.

Hinweis zur weiteren Zeitplanung - Sommerpause 2008:

Bald nach der nächsten Forumssitzung am 23.6.2008 und der 4. Sitzung des Arbeitskreises „Naturhaushalt und Landschaftsbild“ am 09.07.2008 wird es eine Sommerpause geben, die voraussichtlich mindestens den Zeitraum der Berliner Sommerferien (15.07.2008 bis 30. August 2008) umfassen werde.

Zweiter Termin „Politischer Dialog“:

Die Mediatoren schlugen vor, den den politischen Vertreter/innen avisierten zweiten Termin zum Dialog noch vor der Sommerpause am 25. Juni 2008 durchzuführen. Alle interessierten Forumsmitglieder seien eingeladen, daran teilzunehmen. Keiner müsse sogleich über seine Teilnahme entscheiden. Die Mediatoren würden eine Rund-Email an alle schicken mit der genauen Information und der Bitte um Rückmeldung, wer Interesse an einer Teilnahme habe.

9. Verabschiedung

Herr Kessen und Frau Voskamp bedankten sich bei den Teilnehmer/innen und verabschiedeten die Forumsmitglieder.

Die Sitzung endete um 22:05 Uhr.